

# **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 24.02.1999**

---

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Rico Mecklenburg - Vorsitzender -  
II. Bürgermeister Eiwin Scholl  
Ratsherr Dieter Dilling  
Ratsherr Johann Südhoff  
Beigeordneter Jürjen Heinks  
Ratsfrau Marianne Pohlmann

für Ratsfrau Inge Hoffmann  
für Ratsherrn Ihno Slieter

### **CDU**

Ratsherr Reinhard Hegewald  
Ratsherr Uwe Hellmann  
Ratsherr Hinrich Odinga

(bis 19.05 Uhr)  
für Beigeordneten Helmut Bongartz

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Günter Strelow

## **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Johann-Peter Böhmer  
Herr Arthur Kalvelage  
Herr Johann Heetderks  
Herr Michael Hehemann  
Frau Barb Seeck

(bis 19.30 Uhr)  
für Herrn Friedhelm Hollmann

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **F.D.P.** (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

### **von der Verwaltung**

Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtamtsrat Uwe Ammermann  
Stadtamtmann Robert Lier als Protokollführer

### **Als Gäste:**

Regierungsschuldirektorin Gerta Berghaus  
Rektor Renko Redinius  
Schulelternratsvorsitzender der Westerburgschule, Werner Koch

**Zuhörer:** 45

**Vertreter der Presse:** 2

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

**Herr Mecklenburg** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Er begrüßt die Anwesenden; insbesondere neben den zahlreich erschienenen Zuhörern und den Pressevertretern Frau Berghaus und die Herren Redenius und Koch.

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 24.02.1999**

---

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

**Herr Röttgers** beantragt - dem Antrag der F.D.P.-Fraktion entsprechend die Tagesordnung um den Punkt 4 "Bau einer neuen Schule in Petkum/Widdelswehr" zu erweitern. Die bisherigen Punkte 4-7 werden 5-8.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder

Vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes erfolgt die Pflichtbelehrung des stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes des Schulausschusses, Herrn Michael Hehemann.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 25.08.1998

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 25.08.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Bau einer neuen Schule in Petkum/Widdelswehr

**Herr Röttgers** teilt mit, daß derzeit noch grundsätzliche Aussagen fehlen. Er geht davon aus, daß in einer für den Monat Mai vorgesehenen zusätzlichen Schulausschußsitzung darüber beschlossen werden kann.

**Herr Dr. Beisser** begründet den von der FDP-Fraktion gestellten Antrag kurz und bittet um zügigen Abschluß der verwaltungsseitig zu erledigenden Aufgaben.

**Herr Röttgers** sichert die Erstellung einer kompletten, entscheidungsreifen Vorlage zu.

Punkt 5: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/782  
Verlässliche Grundschule

**Herr Mecklenburg** weist die Zuhörer darauf hin, daß heute keine Beschluß- sondern eine Mitteilungsvorlage auf dem Tisch liegt. Ferner informiert er sie über die Möglichkeit, nach Ende der Sitzung Fragen zu stellen.

**Herr Ammermann** spricht die wesentlichen Inhalte der "Verlässlichen Grundschule" (VGS) kurz an. Zur umfassenden Information seien heute Frau Regierungsschuldirektorin Berghaus und die Herren Redenius (Schulleiter der Westerburgschule) und Koch (Elternratsvorsitzender der Westerburgschule) als Gäste anwesend.

**Frau Berghaus** erläutert unter Verwendung von OHP-Folien (**s.Anlage 1**) ausführlich das Modell "VGS".

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 24.02.1999**

Anschließend schildert **Herr Redenius** die Entwicklung der Westerburgschule zur "Vollen Halbtagschule" und die sich aus seiner Sicht bei Einführung der "VGS" für diese Schule ergebenden Konsequenzen.

Er setzt in seinem Vortrag, wie Frau Berghaus, OHP-Folien ein (**s. Anlage 2**). Im folgenden gibt Herr Koch eine Einschätzung der bei Einführung der "VGS" entstehenden Veränderungen aus Sicht der Schulleiterschaft ab (**s. Anlage 3**).

**Herr Hellmann** sieht die "Volle Halbtagschule" als ein pädagogisch anspruchsvolles und sinnvolles Modell an. Leider sei die flächendeckende Einführung nicht möglich, da die Landesregierung die hierfür benötigten Haushaltsmittel nicht bereitstellen wolle. Statt dessen solle ein Billigmodell zum Nachteil der Kinder eingeführt werden. **Herr Hellmann** übt deutliche Kritik an der schulpolitischen Entwicklung und spricht hier insbesondere die Umschichtung von Lehrerstunden des Zusatzbedarfs in den Grundbedarf, den freiwilligen Förderunterricht am Nachmittag und die Veränderungen im Vormittagsunterricht an. Der für eine Betreuungsstunde vorgesehene Betrag in Höhe von rd. 33,-- DM mache nur ein Viertel dessen aus, was eine Lehrerstunde koste. Dies solle doch zu denken geben. **Herr Hellmann** wünscht sich durchaus eine zusätzliche Betreuung der Schulkinder unter Einbeziehung von Eltern, Verbänden und Vereinen etc., dies aber nicht als Unterrichtersatz.

Vor dem Hintergrund der Kürzungen im Kindertagesstättenbereich warnt **Herr Hellmann** dringend vor dem Modell der "VGS". Die angekündigten Leistungen des Landes könnten jederzeit wieder zur Disposition stehen. U.U. würden dann die Kosten für das Betreuungspersonal auf die Kommunen abgewälzt. **Herr Hellmann** befürchtet, daß aus Schulen Verwahranstalten werden.

**Herr Scholl** stellt die Aussage von Herrn Hellmann zum Teil in Frage. Die Situation in Emden sei prekär, da eine "Volle Halbtagschule" am Ort vorhanden sei. Man müsse sich jedoch fragen, ob man um dieser Schule willen, die Einführung der "VGS" hinausschieben wolle. **Herr Scholl** möchte wissen, ob der von Frau Berghaus angesprochene Zeitrahmen für größere Schulträger auch für Emden gilt und ob die Möglichkeit einer "Fristverlängerung" für die "Volle Halbtagschule" Westerburgschule möglich ist.

(Anmerkung des Protokollführers: " Auf einer Veranstaltung am 25.02.1999 in Aurich verdeutlichte die Kultusministerin, daß der Schulträger den Zeitpunkt der Einführung der "VGS" und somit auch der Umwandlung der jetzigen "Vollen Halbtagschule" bestimmt).

**Herr Dr. Beisser** sieht den Kostenaspekt als alleinigen Hintergrund für die Vorhaben der Landesregierung bezüglich der Einführung der "VGS".

**Herr Strelow** gibt das als **Anlage 4** beigeheftete Statement ab.

**Herr Böhmer** bedankt sich bei Herrn Koch für dessen Ausführungen. Sowohl Landes- als auch Stadtelternrat stehen dem Vorhaben der Landesregierung für ein einheitliches Schulsystem im Grundschulbereich und für die Umwandlung der Grundschulen in Schulen mit verlässlichen Zeiten grundsätzlich positiv gegenüber. Das Modell "VGS" berücksichtigt nach Auffassung von Herrn Böhmer vorrangig soziale und ökonomische Gründe, läßt aber pädagogische Innovationen weitgehend unberücksichtigt. Vorteil für die Erziehungsberechtigten ist s.E. der feste Zeitrahmen; Eltern erwarten aber eine Betreuung nicht im Sinne von Beaufsichtigung, sondern vielmehr als qualifizierte Förderung und soziale Erziehung. Als Vorteil für die Kinder sieht Herr Böhmer die verbindliche Zeit in der Schule an. Er kritisiert die Verkürzung der Stundentafel und das Wegfallen erzieherischer Aspekte, da im offenen Anfang die Betreuung nicht durch den/die Klassenlehrer/in erfolgt und eventuell die Bezugspersonen wechseln.

**Herr Böhmer** nennt als Forderungen des Landes- und Stadtelternrat schlagwortartig:

- Vertretung nur durch Lehrkräfte der Schule
- Förderunterricht/Förderunterricht äußerst wichtig; muß in Kleingruppen am Vormittag verbindlich möglich sein
- keine weitere Reduzierung der Stundentafel; 92 Std. in Niedersachsen stehen 104 Std. in Bayern gegenüber; in der 1./2. Klasse sind 22 Std., in der 3./4. Klasse 27/28 erforderlich

## Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 24.02.1999

---

- qualifizierte Förderungsmaßnahmen müssen durchgeführt werden können (Sprachförderung, Psychomotorik, Fördern bei Lese-, Rechtschreib- und Rechenschwäche, soziale Betreuung).

Für Herrn Böhmer ist die Grundschule als erste gleichzeitig die wichtigste Schulform für alle Kinder. Eltern können somit keinem Modell zustimmen, das nur eine gute Fassade, aber einen schlechten Inhalt hat.

**Herr Böhmer** plädiert für eine Grundschule mit inhaltlichen Verbesserungen, da sonst Privatschulen für besser verdienende Eltern entstehen werden.

**Herr Hegewald** bemängelt eine relativ einseitige Information seitens der Verwaltung. Er äußert sich verwundert darüber, daß allein die SPD heute zur Thematik kein Statement abgegeben hat. Ihn interessiert, mit welchem Geld die Landesregierung die Förderung der "VGS" beabsichtigt. Die Einführung der "VGS" bedeutet - im Vergleich mit dem Land Bayern - ein halbes Jahr weniger Unterricht für die Dauer der gesamten Grundschulzeit in Niedersachsen. Schwerwiegende Konsequenzen werden nach Herrn Hegewalds Auffassung Nachteile in Ausbildung, Beruf etc. sein.

Für **Frau Berghaus** bedeutet die "VGS" im Vergleich mit der "normalen" Grundschule eine Verbesserung. Sie wehrt sich gegen den Begriff "Betreuungsanstalt", da die Zahl der Unterrichtsstunden nicht geringer ist als in der "Vollen Halbtagschule". Auch ist die "VGS" für Frau Berghaus kein Billigmodell, da rd. 1.000 Lehrer/innen eingestellt werden müssen.

**Frau Berghaus** weist darauf hin, daß der Förderunterricht in der "VGS" vormittags stattfinden soll.

Die vollen Halbtagsgrundschulen sind nach Auffassung von **Herrn Redenius** nicht zufällig sondern aus einer Notwendigkeit heraus entstanden. Da Schuleinzugsbereiche sehr unterschiedlich strukturiert sind, müssen s.E. auch Ausnahmen von der flächendeckenden Einführung der "VGS" möglich sein.

**Herr Strelow** spricht in Zusammenhang mit den Ausführungen von Herrn Redenius das Betreuungsangebot an der Grundschule Herrentor an, das er sehr positiv beurteilt. Die Bildungspolitik des Landes Niedersachsen zielt nach seiner Meinung nicht auf Sparen sondern auf Kürzungen im Bildungsbereich hin. Kürzungen wären für ihn an anderer Stelle des Haushalts angebracht und eher nachvollziehbar.

**Herr Hegewald** wirft ein, daß im Entwurf des Landeshaushalts keine zusätzlichen Mittel für die "VGS" eingeplant sind. Er stellt sich die Frage, ob die Kommune die erforderlichen Mittel aufbringen müsse. Die Dialogphase, die bis zum Beginn der Osterferien dauern soll, muß nach Meinung von Herrn Hegewald mindestens bis zu den Sommerferien ausgedehnt werden. Dies habe im übrigen auch Landrat Swyter geäußert.

Auf die Frage von **Herrn Beisser**, ob jedes Jahr 100 Grundschulen "VGS" werden sollen, entgegnet **Frau Berghaus**, daß dies für 5 Jahre so geschehen solle. Im Jahr 2004 solle die Einführung der "VGS" per Schulgesetz geregelt werden.

**Herr Ammermann** teilt mit, daß die Verwaltung Gespräche mit den Schulleitungen und Elternräten der Grundschulen führen werde, um gemeinsam über die weitere Vorgehensweise zu beraten. Nach Abschluß der Gespräche wird eine Beschlüßvorlage eingebracht werden.

### 2. Vorlage 13/795

Antrag des Schulleiternrates der Schule Larrelt auf Reduzierung der maximalen Personenzahl in den Linienbussen der Schülerbeförderung

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 24.02.1999**

---

**Herr Ammermann** erläutert die Mitteilungsvorlage. Er sichert zu, den bei Aufruf des Tagesordnungspunktes von Herrn Böhmer für den Schulleiternrat der Grundschule Larrelt verteilten Fragenkatalog (**s. Anlage 5**) über das Protokoll zu beantworten.

**Anmerkung:** Die Beantwortung ist als **Anlage 6** beigefügt.

### 3. Vorlage 13/785

Vereinbarung zwischen der Volkswagen Coaching GmbH Emden und der Bezirksregierung Weser-Ems zum Modellversuch "Geschäfts und arbeitsprozeßbezogene Ausbildung in ausgewählten Industrieberufen"

Kenntnis genommen.

### 4. **Herr Ammermann** gibt zur Kenntnis, daß als Eilentscheidung gem. § 66 NGO getroffen worden ist:

Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Emden und Einrichtung einer Fachklasse für Werkzeugmacher an den Berufsbildenden Schulen II zum 01.02.1999.

Die Genehmigung der Bezirksregierung wurde zwischenzeitlich erteilt.

### 5. **Herr Ammermann** teilt weiter mit, daß ein Antrag der Berufsbildenden Schulen II auf Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 243.400,-- DM zur Verbesserung der Ausstattung für die Ausbildungsberufe des drucktechnischen Gewerbes vorliegt. In Abstimmung mit der Schule ist vorgesehen, die Anschaffungen über einen Zeitraum von zwei Jahren zu finanzieren. Gespräche mit dem Fachdienst Finanzen stehen noch aus.

**Herr Dr. Beisser** gibt bezüglich des Antrages der Berufsbildenden Schulen II zu bedenken, daß es hier um eine Grundsatzentscheidung geht. Der immer schneller fortschreitende technische Fortschritt ziehe nach 5 Jahren sicherlich wieder erhebliche Investitionen nach. Er wüßte gern, ob die Frage der Folgekosten geklärt ist.

**Herr Ammermann** betont, daß die von der Schule beantragten Mittel nötig seien, um die Lehrplannerfüllung sicherzustellen. Sofern man jetzt nicht investiere, sei in absehbarer Zeit eine Beschulung der Auszubildenden des drucktechnischen Gewerbes im ostfriesischen Bereich nicht mehr möglich. Dann würden auch Ausbildungsplätze verloren gehen.

**Herr Strelow** weist darauf hin, daß sich das Druckereigewerbe nicht an den Kosten beteiligen werde. Eine Beratung ist für ihn erst nach Vorliegen exakten Zahlenmaterials möglich.

**Herr Heetderks** unterstützt den Antrag der Schule nachdrücklich. Es gehe um ein Berufsfeld mit großer Zukunft und es solle keine Luxus- sondern eine Minimalausstattung angeschafft werden.

### 6. **Herr Ammermann** gibt bekannt, daß seitens der Schulleitung und des Schulleiternrates der Grundschule Emsschule auf die besorgniserregende, rückläufige Schülerzahlentwicklung im Schulbezirk hingewiesen wird. Mit der letzten Schulbezirksänderung (Zuordnung des Boltentorviertels zur Emsschule) war bereits ein erster Schritt unternommen worden, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. In Gesprächen mit der Schulleitung und der Elternschaft wird gemeinsam nach einer Lösung dieses Problems gesucht.

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 24.02.1999**

---

7. Weiter teilt **Herr Ammermann** mit, daß auch die Dollartschule auf die rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen und die sich daraus möglicherweise ergebenden Konsequenzen für die Sekundarschule hinweist und um eine Anpassung des Schulbezirkes bittet.

**Herr Ammermann** führt weiter aus, daß der Rat im Rahmen der Beschlußfassung zum Schulentwicklungsplan die Verwaltung beauftragt habe, die beiden Schulversuche Sekundarschule an der Dollartschule und der Schule Wybelsum gleichermaßen zu sichern. Er stellt fest, daß - bedingt durch die rege Wohnbautätigkeit im Stadtteil Larrelt - die Schülerzahlenentwicklung eindeutig zu Gunsten der Schule Wybelsum verläuft und sich somit im Vergleich beider Schulen eine ungleichmäßige Auslastung ergibt.

Hier ist Handlungsbedarf gegeben; die Verwaltung wird die Schulleitungen und Elternvertretungen beider Schulen auf eine bevorstehende Schulbezirksanpassung hinweisen und für die kommende Schulausschußsitzung eine entsprechende Beschlußvorlage einbringen.

### Punkt 8:      Anfragen

**Herr Hegewald** möchte wissen, wie weit die Planungen für den neuen Schulstandort "Constantia" gediehen sind.

**Herr Ammermann** sagt zu, sich um eine möglichst baldige Erledigung der erteilten Aufträge zu kümmern.

**Herr Hegewald** bittet diesbezüglich möglichst eine Beschleunigung herbeizuführen und eventuell über das Protokoll entsprechend zu informieren.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.30 Uhr.